

# An der Gedenkstätte scheiden sich die Geister

**Dokumentationsort** Die Erinnerungsarbeit an den Holocaust bleibt in Landsberg ein heikles Thema. Die Arbeitsgemeinschaft hat jetzt ein Konzept erarbeitet. Dieses gefällt aber nicht allen Beteiligten

VON GERALD MODLINGER

**Landsberg** Die in Landsberg geplante zentrale Anlaufstelle zur örtlichen Geschichte des Nationalsozialismus kommt jetzt wieder auf den Tisch des Stadtrats. Am 24. Oktober soll sich das Gremium mit einer von der Stadt eingesetzten Arbeitsgemeinschaft erarbeiteten Vorlage befassen. Das hat jetzt der Leiter der Arbeitsgemeinschaft, der Landtagsabgeordnete Dr. Thomas Goppel, bestätigt.

Ein wesentlicher Inhalt dieser Vorlage ist, im Innenhof des Historischen Rathauses eine Art „Wegweisung“ zu den einzelnen Orten der Erinnerung und Geschehnisse zu schaffen: Orte, die den Bogen spannen von der Festungshaft Adolf Hitlers in Landsberg über die KZ-Außenlager bis hin zum Kriegsverbrechergesängnis.

„Alle Themen, die wichtig sind, werden dort aufgelistet“, erklärt Goppel. Verbunden werde dies mit den Hinweisen, wo sich die Standorte befinden, und mit einer multimedialen Einführung zur Landsberger NS-Geschichte von 1923 bis 1958. Die räumliche Situation lasse hier nicht allzu viel zu, räumt Goppel ein, allerdings biete der „Erstbegegnungshof“ hinterm Rathaus durchaus die Möglichkeit, dass sich bis zu 50 Personen treffen können.

Mit dieser Empfehlung ist der Auftrag der Stadt an die Arbeitsgemeinschaft erledigt. Allerdings wurde in den vergangenen Monaten auch die Frage diskutiert, wie die einzelnen Erinnerungsorte an sich gestaltet werden. Da taten sich offenbar noch offene Punkte auf. Das Stadtmuseum etwa, das der NS-Geschichte einen prominenten Platz in seiner künftigen Ausstellung zuweisen will, wird voraussichtlich erst 2024 wieder geöffnet sein.

Und dann geht es um das ehemalige KZ-Außenlager Kaufering VII zwischen Erpfting und Landsberg. Die Europäische Holocaustgedenkstätte „steht in der Wegweisung auf Numero fünf, ist aber von der Bedeutung her die Numero eins“: So formuliert es Thomas Goppel mit Verweis, dass es nirgendwo sonst noch bauliche Relikte eines Lagers



Dass es im Hof hinter dem Rathaus in Landsberg (unten) eine Art „Wegweisung“ zu den Erinnerungsorten in der Stadt und der Umgebung geben soll, ist Konsens, etwas anders stellt es sich bei der Frage dar, wie die Holocaust-Gedenkstätte (Kaufering VII, oben) weiterentwickelt werden soll.

Fotos: Julian Leitenstorfer

gebe. Zugleich bedauert der frühere Minister aber, dass „von dieser Seite noch nicht die Konsistenz der Mitarbeit gefunden wurde“.

Das drückte sich unter anderem darin aus, dass der Präsident der Gedenkstättenstiftung, Manfred Deiler, an den letzten zwei Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft nicht mehr teilnahm. Deiler kritisiert, dass mit

dem Rathaus-Hinterhof ein Wegweiser zu Punkten geschaffen wird, die noch gar nicht existieren (Stadtmuseum) oder in ihrer jetzigen Struktur nicht auf Einzelbesucher, die vom Rathaus dorthin geleitet werden, vorbereitet sind. So könnten in der Holocaust-Gedenkstätte nur nach Anmeldung Führungen für Gruppen abgehalten werden.

Die Stiftung sei momentan nicht in der Lage, spontane Einzelreisende, die über die zentrale Anlaufstelle an die Erpftinger Straße gelotet werden, zu betreuen. Ähnlich sei es im Bunker der Welfenkaserne. Deiler befürchtet ein Negativ-Image, wenn Besucher vor verschlossenen Erinnerungsorten stehen.

Daneben bestehen auch Mei-

nungsunterschiede zur Frage, wie die Gedenkstätte künftig gestaltet werden soll. Die Stiftung möchte die Gedenkstätte zu einem Dokumentationszentrum weiterentwickeln – mit eigenen Geldern, aber auch mit finanziellen Beiträgen des Bundes und des Freistaats. Die dafür erforderlichen Voraussetzungen seien gegeben, erläutert Deiler: Es handle sich um einen authentischen Ort, der nicht von einer neuen Nutzung überfrachtet ist, nationale oder internationale Bedeutung habe, und für den es eine Denkmalkonzeption gebe.

Goppel verweist dagegen darauf, dass bei einer Besichtigungsfahrt zu mehreren Gedenkstätten in der Arbeitsgemeinschaft die Meinung vertreten wurde, man müsse in Landsberg nicht so groß einsteigen wie etwa bei der Gedenkstätte des Olympia-Attentats in München. Es sei auch davor gewarnt worden, zu übertreiben. Im abschließenden Bericht der Arbeitsgemeinschaft ist die spätere Einbindung und Ausgestaltung des Lagers VII offengehalten.

Deiler sieht darin einen „Ver-such, die Weiterentwicklung der Europäischen Holocaustgedenkstätte und die Errichtung eines Dokumentationszentrums zu verhin-

## Stiftungspräsident spricht von Verhinderungsversuch

dern“, wie er die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft schriftlich wissen ließ. Seither nahm Deiler auch an keinen Sitzungen mehr teil. Daran änderte auch ein Schreiben vom September nichts mehr. Darin appellierte Goppel an Deiler, die abschließende Sitzung wahrzunehmen, denn, so heißt es in dem Schreiben wörtlich: „Wenn die Gedächtnisarbeit in der Summe der Standorte und Inhalte in der Landsberger Geschichte und Gegenwart eine unverwechselbare Rolle übernehmen soll, dementsprechende Wirkkraft entfalten darf, dann gehört natürlich das Lager VII mit seinen besonderen zeitgeschichtlichen Belegen und ihren örtlichen Reminiszenzen zur Abrundung der Gesamtaufgabe dazu.“

## Kommentar



# Weiter eine schwierige Sache

VON GERALD MODLINGER

[redaktion@landsberger-tagblatt.de](mailto:redaktion@landsberger-tagblatt.de)

**A**ngesichts der jahrzehntelang schwierigen Auseinandersetzung um die Zeit des Nationalsozialismus in Landsberg ist es kaum verwunderlich, dass auch in der Arbeitsgemeinschaft für Dokumentationsorte zur Zeitgeschichte Landsbergs nicht die pure Harmonie herrscht.

Die Europäische Holocaustgedenkstätte gehört der Arbeitsgemeinschaft zwar weiter an, ihr Präsident Manfred Deiler ist zuletzt aber auf die maximal mögliche Distanz gegangen. Das ist deswegen bedeutsam, weil das ehemalige Lager VII ein einzigartig erhaltener Ort ist, der an die Grausamkeiten während der NS- und Kriegszeit erinnert, und nicht nur für die Landsberger Zeitgeschichte höchste Relevanz hat.

Diese Abwesenheit ist nur teilweise nachvollziehbar. Es mag sein, dass es angesichts der momentanen Meinungsunterschiede zur Weiterentwicklung der Gedenkstätte offenbar nichts zu besprechen gibt. Aber das ist ja, wie allseits betont wird, gar nicht die eigentliche Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft gewesen. Sie sollte ja über einen zentralen Dokumentationsort beziehungsweise eine zentrale Anlaufstelle befinden. Doch die Gedenkstättenfrage hat das eigentliche Thema so überlagert, dass es auch darüber hinaus keine Gesprächsgrundlage mehr gab.

**ANZEIGE**